

## **Rede des Abg. Alfons Gerling**

**zu**

**Große Anfrage der Abg. Cárdenas, Schaus, Schott, van Ooyen, Dr. Wilken, Wissler (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Ausmaß der aktuellen und künftigen Altersarmut in Hessen und Position der Landesregierung dazu – Drucks. 18/5417 zu Drucks. 18/4710**

**28. Juni 2012**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sollten hier ein reales Bild über den Lebensstandard und über die soziale Sicherung der älteren Generation in unserem Land abgeben. Verehrte Frau Schott, Tatsache ist, im Großen und Ganzen geht es der älteren Generation, der Rentnergeneration gut. Das wird auch von niemandem ernsthaft bestritten. (Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir wissen aber auch – und das belegen die Zahlen aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Altersarmut –, dass dies nicht für alle gilt und dass 3 % der über 65-Jährigen in Hessen eine Grundsicherung im Alter erhalten. Auch ist die Armutsgefährdung bei Älteren in Hessen – das will ich hier positiv erwähnen – geringer als im Bundesdurchschnitt. (Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie liegt bei den über 65-Jährigen bei 14,1 %, in Westdeutschland bei 14,4 % und bei der Gesamtbevölkerung aller Altersstufen bei 14,5 %. Ein höheres Armutsrisiko als die Älteren haben die Gruppen der jungen Erwachsenen, der Alleinerziehenden und der Migranten.

Meine Damen und Herren, wir dürfen dennoch zwei Dinge im Hinblick auf die zukünftige Armutsentwicklung in unserem Land nicht aus den Augen verlieren und müssen gegensteuern. Zum einen müssen wir davon ausgehen, dass wir künftig auch in der Gruppe der Älteren mit steigenden Zahlen rechnen müssen. Gründe dafür sind unterbrochene Erwerbsbiografien, Erwerbsbiografien durch Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflegezeiten sowie durch die in den letzten zehn Jahren erfolgte Zunahme des Niedriglohnsektors und von prekären Beschäftigungsverhältnissen (Beifall des Abg. Torsten Warnecke (SPD)) wie Minijobs, Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen. Deshalb müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, damit künftige Rentnergenerationen aufgrund dieser veränderten Erwerbsbiografien möglichst nicht in Altersarmut geraten. (Beifall bei Abgeordneten der LINKEN) Ich versuche, ein realistisches Bild zu zeichnen. (Demonstrativer Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE)) Zum anderen müssen wir uns um die Menschen kümmern, die bereits jetzt von Altersarmut betroffen sind.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist aktuell dabei, ein Reformpaket zur Bekämpfung der Altersarmut vorzulegen. Das zentrale Element dieses Reformpakets soll die Zuschussrente sein. Unser Grundsatz als CDU ist es immer gewesen: Wer altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheidet und viele Jahre gearbeitet hat, dessen Lebensgrundlage muss durch eine auskömmliche Rente gesichert sein. (Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Zuschussrente soll Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, aber nur wenig verdient haben und eine Niedrigrente beziehen, durch eine Aufstockung eine höhere Rente ermöglichen. Zudem soll mit einer neuen Kombirente ein höherer Zuverdienst für Rentner ermöglicht werden. Auch bei der Erwerbsminderungsrente soll es eine Verbesserung geben.

Meine Damen und Herren, neben diesem geplanten Reformpaket sind bereits weitere Schritte unternommen worden, um die Gefahr der Altersarmut zu verringern. Grundsätzlich bleibt es aber unabdinglich für eine auskömmliche Altersrente, dass für die heutigen Arbeitnehmer genügend dauerhafte Arbeitsplätze mit gerechten und angemessenen Löhnen verfügbar sind. (Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Arbeitsplätze und eine gute Wirtschaftspolitik sind die beste Grundlage gegen Altersarmut und damit auch die beste Sozialpolitik für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Hier haben die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung mit ihren Konjunkturprogrammen in schwierigen Zeiten viel erreicht. Derzeit haben wir, Gott sei Dank,

unter 3 Millionen Arbeitslose. In Zeiten von Rot-Grün hatten wir bundesweit fast 5 Millionen Arbeitslose. (Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Bei jedem einzelnen, der einen Arbeitsplatz hat bzw. aus der Arbeitslosigkeit wieder in ein Beschäftigungsverhältnis kommt, verringert sich die Gefahr, im Alter in Armut zu geraten. Insbesondere – auch darauf will ich hinweisen – müssen wir eine eigenständige Alterssicherung bei Frauen im Blick behalten. Derzeit beziehen Frauen durchschnittlich um 59,6 % geringere Alterseinkommen als Männer. Grund dafür ist oftmals eine Unterbrechung des Berufs wegen Kindererziehungszeiten oder wegen Familienpflegezeiten. Wir müssen – das ist unser Ziel – für eine Rentengerechtigkeit für Mütter sorgen. Um hier Abhilfe zu schaffen, ist unter anderem eine gute Vereinbarung von Familie und Beruf wichtig. Hier hat auch die Hessische Landesregierung bereits nachweislich große Anstrengungen unternommen. In den vergangenen Jahren wurde die Zahl der Kinderbetreuungsplätze deutlich ausgeweitet. Sozialminister Grüttner hat heute Morgen dazu Stellung genommen und neueste Zahlen genannt.

Meine Damen und Herren, eine wichtige Basis zur Vermeidung von Altersarmut ist auch, dass die Rente nicht nur die gesetzliche Rente umfasst, sondern nach wie vor auf drei Säulen basiert: der gesetzlichen Rente, der privaten Vorsorge und den Betriebsrenten. Die gesetzliche Rente wird sicherlich die wichtigste der drei Säulen bleiben. Sie wird aber aufgrund des demografischen Wandels mit immer weniger Beitragszahlern und immer mehr Rentenempfängern nicht mehr so leistungsfähig sein können wie bisher – auch wegen der Rentendämpfungsfaktoren, die zur Stabilisierung der Rentenversicherung eingeführt wurden. Deshalb ist es wichtig, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen noch zusätzlich eine private Altersvorsorge aufbauen und möglichst auch eine betriebliche Altersvorsorge abschließen.

Meine Damen und Herren, auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters bis im Jahr 2029 auf 67 Jahre ermöglicht höhere Rentenbezüge und verhindert, dass die Rentenbeiträge von immer weniger Beitragszahlern getragen werden und damit deutlich ansteigen würden.

Meine Damen und Herren, Voraussetzung dafür ist, dass genügend und bessere Beschäftigungsverhältnisse für ältere Arbeitnehmer zur Verfügung stehen. Aber auch hier haben sich die Zahlen in den letzten Jahren positiv entwickelt. Heute sind mehr als die Hälfte der 55- bis 64-jährigen erwerbstätig. Vor zwölf Jahren war es nur ein Drittel. Die Bekämpfung der Altersarmut wird insbesondere in den kommenden Jahren eine große Herausforderung

sein, der wir uns stellen müssen. Deshalb ist es gut und richtig, dass die Bundesregierung und die Hessische Landesregierung bereits erste notwendige Weichenstellungen vorgenommen haben und weitere Maßnahmen planen. Dazu gehören in Hessen auch Maßnahmen, die die Lebenssituation der älteren Generation verbessern, wie z. B. die seniorenpolitische Initiative, mit der auf den demografischen Wandel und auf die Bedürfnisse älterer Menschen verstärkt reagiert werden soll.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die Seniorenpolitik zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt. Die Belange der heutigen und der zukünftigen Rentner werden von ihr gut vertreten und sind bei Sozialminister Grüttner in guten Händen. Die Älteren in Hessen wissen, dass sie sich auf die CDU-Landtagsfraktion und die schwarz-gelbe Landesregierung verlassen können. Wir wollen, dass es der älteren Generation auch künftig gut geht. Darauf ist unsere Seniorenpolitik ausgerichtet. (Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)